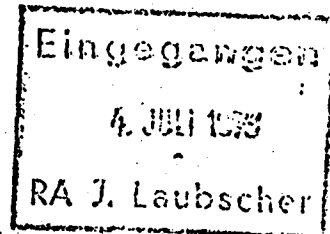


KURT GROENEWOLD
DR. FRANZ JOSEF DEGENHARDT
WOLF DIETER REINHARD
RECHTSANWÄLTE

2 HAMBURG 19, 3. Juli 1973
Osterstraße 120
Telefon: 402415 + 402455
Gerichtskasten 162
HUG Hamburg Kto. 1100319 4/50
Fischkto. Hamburg 2116 35

KG/Je./1749



BETR.: Hungerstreik

- 1.) Zu der internationalen Pressekonferenz in Paris am 29.6.1973 erschienen fast 10 Presseleute von der DPA, von Stern, von AFP, von Nouvelle Observator^{ica}, von Combat, von Politique Hefto, von APL und Liberation. Außerdem erschienen etwas später 3 französische Rechtsanwälte und ein deutscher Referendar, der Station macht in Frankreich. Von den Anwälten waren Golzem, Plottnitz, Riedel, Reinhard, Jacobi, Groenewold, Becker, Becker, Croissant anwesend. Die Journalisten waren die 2 Stunden interessiert und stellten Fragen. Daß sie 2 Stunden aushielten ist nach Bornheim ein gutes Zeichen. Oft gehen sie sonst nach Beginn weg. Die Pressekonferenz lief gut, obwohl die Genossen von APL beschäftigt waren mit dem Verbot der Kommunistischen Liga und den sich daraus ergebenden Folgen. Gesagt wurde: Es gibt in der Bundesrepublik politische Gefangene /Anfang und Beginn des Hungerstreiks/Isolierungsmaßnahmen nach Vortrag Croissant/Grund nicht Verdunklung oder Fluchtgefahr/angebener Grund: Verhinderung von Agitation anderer Gefangener und Sicherheitsbedürfnisse ist rechtlich und gleichzeitig falsch/ Grund: Vernichtung politischer Identität/Angst vor revolutionärem Konzept der Stadtguerillas.
- 2.) Auf der Pressekonferenz wurde eine Erklärung französischer Intellektueller verlesen, die im ganzen von Plottnitz/Groenewold eine Woche vorher entworfen war. Zu den Unterzeichnern gehörten Michael Faucault und Jean Paul Sartre.
- 3.) Am Sonnabend/Sonntag fand eine Versammlung linker französischer Rechtsanwälte in Mulun statt, an der der größere Teil der

~~11/19~~ Rs. V. 18² -
deutschen Anwälte teilnehm nämlich Golzem, Plottnitz, Riedel, Reinhard, Jacobi und vorübergehend Becker, Croissant. Darüber kommt noch ein schriftlicher Bericht von Plottnitz/Reinhard. Da KG in Frankfurt. An Zusammenarbeit besteht Interesse. Es bestehen dort Organisationen, die sich mit Gefängnis beschäftigen und Gefangenen; es scheint sich dort eine größere Organisation anzubahnen mit dem Thema "Unterdrückung in Anstalten". Dort hinein kommt dann auch das Militär.

Die Anwälte, etwa 40, haben ebenfalls eine Erklärung gegen die Isolationsfolter gegenüber politischen Gefangenen in der Bundesrepublik abgegeben bzw. sich angeschlossen.

- 4.) Am 30.6.1973 war die Konferenz der Komitee-Delegierten. Bornheim einerseits und Jörg Lang andererseits machen noch einen Bericht. Es gab Berichte der einzelnen Komitees. Deutlich war die Schwierigkeit bei allen, jetzt die weitere Arbeit zu bestimmen; außerdem wurde deutlich, daß es die Komitees gibt, aber sie noch nicht stehen: Die richtigen Leute sind noch nicht Mitglieder. Das muß also in nächster Zeit gemacht werden. Abgelehnt wurde der Vorschlag, einen neutralen Untersuchungsausschuß von Prominenten herzustellen, die nur diesen Untersuchungsausschuß bilden und nicht gleichzeitig an der Komitee-Arbeit beteiligt sind. Dieser Untersuchungsausschuß sollte also Besuche machen. Offen blieb, ob und wann Besuchsgruppen aus dem Komitee als solche Besuchsanträge stellen bzw. als einzelne. Abgelehnt wurde auch bzw. nicht durchgesetzt der Antrag, ein zentrales Komitee zu stellen. Aber die Information über Aktivitäten und laufende Projekte wird jetzt in Frankfurt/Bornheim gesammelt und mit Rundschreiben weitergegeben. Über internationale Kontakte wurde gesprochen. Über die Zusammenarbeit mit Amnesty International und solchen Gruppen wurde gesprochen und wer im einzelnen diese Kontakte herstellen sollte bzw. verfolgen sollte. Berichtet wurde über die Intervention der Pastorin Sölle beim Kirchentag. Ergebnis laut Zeitungsbericht: Gebet für Baader-Meinhof. Erörtert wurde ein Verstoß auf den Kongress des Bundes demokratischer Wissenschaftler am nächsten Wochenende. Insgesamt zeigte die Diskussion, daß die zentrale Forderung in Richtung auf politische Gefangene beispielsweise in München, auch bei einigen in Frankfurt, irgendwo nicht als eigene begriffen worden ist, d.h., daß die Aus-

weitung und Beschäftigung in gleicher Weise mit allen, die sich bei dem Komitee melden, gleichzeitig zur Paralyse der Arbeit führt. Wichtig erschien mir durchzusetzen: Die Werbung sogenannter "reputierlicher Persönlichkeiten" für sich gesehen ist falsch, wenn diese Leute nichts tun. Ihr Einsatz nur zu einem einzelnen spektakulären Besuch als Untersucher ist deshalb auch falsch, weil sie dann nichts längere Zeit oder auf Dauer vertreten, weil dann in ihrem Bewußtsein weder der Begriff der politischen Gefangenen noch die Isolationsfolter auftaucht und von dort verteidigt wird. Neuer Treffen: 8.9.1973. Bis dahin Einzelarbeit/Mitgliederwerbung.

5.) Nach der Veranstaltung des Hamburger Komitees, die in erster Linie von Linken und Studenten besucht worden ist, also insoweit falsch war, meldete sich die Pastorin der ESG sowie der evangelischen Akademie in Hamburg. Sie wollen Material und hier scheint sich langfristig eine Zusammenarbeit anzubahnen. Imhin hat der Evangelische Welt-Studenten-Bund frühzeitig Kontakte zu den Guerilla-Gruppen hergestellt und dafür Geld gespendet. Damit hat er sie als politische Kraft mit ins Bewußtsein gehoben. Der Vortrag Geissler wird übrigens beigelegt. Der Vortrag Croissant ist bekannt. Der Vortrag des Mediziners liegt noch nicht vor, bringt auch nichts neues gegenüber Teuns. Im Komitee wird jetzt besprochen: Arztverhalten während des Hungerstreiks dokumentieren und interpretieren/Isolation, Forschung/Isolationsfolter und politischer Kampf/Zusammenhang mit politischer Situation: Hinweis auf Rotbuch etc. Diese Diskussionen sollen nicht nur aufgeschrieben bzw. dokumentiert werden, sondern vorgetragen werden, also eine Diskussion erst ermöglicht. Das als Weg, alle und mehr an Informationen zu beteiligen und den politischen Zusammenhang herzustellen.

6.) Schaberg (im Stern: Frage an den Experten) hatte bereits Bundesrichter Woesner angesprochen. Er meint allerdings, dieser werde nicht antworten. Statt Mitscherlich hatte ich ihm vorgeschlagen, René Spitz oder Erich Fromm zu fragen. Verbindungen dazu könnten hergestellt werden. René Spitz hat gerade in Kopenhagen einen Vortrag über Kommunikationsentzug gehalten, ist also auf dem Thema drauf.

- 7.) Die Zeitung "WIR WOLLEN ALLES" hat die Erklärung der Gefangenen rausgeworfen und statt dessen von München (wohl Münchener Komitee Reingard) einen Artikel mit der Forderung nach Knast-Kampagne abgedruckt. Das ist ein Artikel gegen die Linie der Komitees. Ich habe jetzt kein Exemplar sondern schicke es nach.
- 8.) Briefe von Gefangenen, in denen von Folter oder quälerischer Zwangsernährung gesprochen wird, werden angehalten, um eine Erregung der Öffentlichkeit zu verhindern. Knoblich reagiert also auf die von ihm wahrgenommene Erregung, die allerdings er verursacht hat.
- 9.) Einige Gefangene sollen auf Veranlassung des Gerichts im Asdonk-Prozeß gehört werden. Gesagt wird nichts.
- 10.) Zum Proll-Prozeß sollten ursprünglich Reinhard und Preuss als Verteidiger auftreten. Preuss kann nicht. Proll hat den Vorschlag gemacht, daß nun Riedel aus Frankfurt sie verteidigt. Daß daneben aber von Preuss/Ströbele/Reinhard nach Komplexen verteidigt werden. Ich habe schon mal gesagt, daß ich das für falsch halte. Entschieden wird das diese Woche. Hoppe schreibt dazu:

"durch ihn geschieht nämlich erstmal das, was kg schrieb: die juristische einteilung von tatkomplexen wird deutlich, die die sta bestimmt hat. und was heißt denn das weiter? wenn wir auf ihre einteilung nach irgendwelchen schweinegesetzen einflippen, also auf ihre teilung, zerstückelung, aufgliederung, auf ihr zertrennen des gesamtzusammenhangs nach ihrem schweinegesetz und zu ihren schweinezwecken als ihre schweinetaktik, die es ja ist - wenn wir darauf einflippen, dann tun wir tendenziell schon genau das, was sie ununterbrochen wollen: politische prozesse "unpolitisch" führen. genau das bedeutet dieser plan nach meiner ansicht: entpolitisierung. ich stelle hier nicht in frage, daß arbeitsteilung richtig und notwendig ist, aber sie ist es in diesem falle nicht, weil das mehr wäre, als nötige verteilung verschiedener aufgaben bedeuten würde. wieso, da braucht man sich nur vorzustellen, wie es aussieht, wenn ein nur für einen komplex zuständiger reagiert, ohne mit dem gesamten vertraut zu sein, d.h. mit dem, was auch im prozeß so alles gelaufen ist: es wäre genau die juristische zerstückelung, die sie wollen und ja ständig machen. sie wäre es schon der form nach und ist darum schon schlecht, es gibt noch eine reihe anderer gründe, beispielsweise die schwierigkeiten, die sich schon aus der erforderlichen information der nicht unmittelbar teilnehmenden ra's ergeben würden, eine information, die es ihnen ermöglichen müßte, wirklich den bisherigen verlauf zu kennen und das ganze zu sehen,

nicht aus dem auge zu verlieren - das sie sehen müssen, um in konkreten prozeßsituationen so zu handeln, daß es für uns zum politischen erfolg wird. um das zu erreichen, was in dem papier zu unserem nicht-mehr-teilnehmen an irgendwelchen prozessen als die funktion der anwälte, eben "sowas wie ne schlüsselfunktion", dargelegt ist, darum ist solche juristische aufteilung unmöglich, ein unding. also warum die schweine ne einteilung in tatkomplexe machen, warum sie uns nicht mit irgendeinem frischgemachten gesetz gegen 'revolutionäres handeln und denken' anklagen und einsperren, sondern wie die irren was zusammensuchen, um dann über jedes eine besondere paragraphennummer zu setzen und alles "rechtsstaatlich und unpolitisch" abzuwickeln, den politischen zusammenhang rauszukastrieren soweit es geht - das ist klar, und ihrer taktik entgegenkommen ?? teilung, spaltung, zerstückelung ist i h r geschäft. unseres ist es, ihre spaltungen und zerstückelungen immer und überall zu bekämpfen und aufzuheben, die einheit herzustellen. und das geht in so nem prozeß nur dann, wenn jeder von uns, der teilnimmt, die gesamtheit mitkriegt, mitkriegt wann wie weshalb sie ihre fresse vorzeigen, wo ihre schwächen sind, wo die lücken in i h r e m geschäft sind, die politik sind, unsre, für uns, für das volk: "genau diese möglichkeit, also zusosagen 'forschung und lehre' im interesse des volkes, haben die richter und staatsanwälte nicht im gegensatz zu den anwälten." und um diese möglichkeit optimal zu nutzen, kann die sache nicht aufgeteilt werden. und falls das noch weiter beabsichtigt wird, meine ich, daß dazu von uns mehr gesagt werden muß, um das zu verhindern .-

was die teilnahme an prozessen betrifft, so finde ich es richtig, nicht mehr hinzugehen. das argument, das evtl. dagegen spricht, nämlich mal ein schwein dabei voll zu treffen, wird dadurch aufgehoben, daß sie ja erstmal sowieso versuchen, einen mit gewalt hinzuschleppen, und wenn es so eine möglichkeit gibt, dann läßt sie sich dann auch nutzen - wie in karlsruhe kürzlich ursel versuchte. was sonst dagegen sprechen könnte, ist die genaue kenntnis der sache, und daß in einer bestimmten situation gespräch mit dem anwalt oder hinweis erforderlich ist, aber das halte ich nach allem, was wir an erfahrungen mit den schweinen haben, für nicht mehr wichtig. was die teilnahme von astrid betrifft, die wohl will, so sehe ich das eigentlich genauso. und auch das argument, daß gespräche mit anwalt wegen der langen fahrten von diesem gerichtssaal zum knast schwierig würden, erscheint mir nicht als stark genug, um teilnahme notwendig zu machen, bin ich aber nicht ganz sicher. nebenbei fiel mir ein: nach dem irren aufwand, den die schweine für den gerichtssaal treiben und der ganzen debatte darüber, wäre es doch eine sache, die auch dem volk was vermitteln könnte, und die man ihm vermitteln

111/23

kann, wenn die "angeklagte", für die soviel
aufwand getrieben wird und soviel Kohle ausgege-
ben, da garnicht erscheint? den gedanken finde
ich ganz gut."

- 11.) Das Gericht in Zweibrücken hat einen Brief von Becker an Grundmann geöffnet mit der Begründung, man könne aus einigen Zeilen erkennen, daß darin keine Verteidigerpost sei. Der erste Beschluß lautete auf Anhalten. In der Beschwerdeentscheidung steht, daß inzwischen der Brief geöffnet worden sei, was offensichtlich zusätzlich die Staatsanwaltschaft gemacht hat, ohne vom ersten Beschluß gedeckt zu sein. Die Beschwerde wurde verworfen. Die Sache liegt beim Bundesverfassungsgericht. Auch von Croissant wurde eine Briefsendung in einer anderen Sache in Stuttgart geöffnet.
- 12.) Ein Bericht über eine Rundfunksendung über Haftanstalten etc. wird beigelegt.
- 13.) Es wird ebenfalls der Artikel von Brücker aus der Darmstädter Studentenzeitung vorgelegt. Er sieht wichtige Zusammenhänge, ist aber besonders wegen seiner Vorsichtigkeit zu kritisieren.
- 14.) Zum Informationsbüro ist zu sagen, daß wir dazu demnächst ein Schreiben machen. Die Arbeit ist groß und wir müssen alle einbeziehen. Zu fragen ist deshalb, wer welche Zeitungen liest, wer also insoweit die Presse beobachten kann, wer ausländische Zeitungen liest und ausländische Periodika durchsieht und zum Teil übersetzen kann.

Ich brauche also eine Aufstellung der bezögönen Periodika
(deutsch und ausländisch) sowie der benutzbaren Sprachkenntnisse.

Mit freundlichem Gruß

KG.